

Ausschöpfung und Intensivierung aller Beschäftigungsmöglichkeiten

Gemeinsame Erklärung der Bundesregierung und der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft

In einer gemeinsamen Erklärung haben die Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, für Wirtschaft, der Finanzen und die Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, des Deutschen Industrie- und Handelsta- ges, der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, des Bundesverbandes des Deut- schen Groß- und Außenhandels, des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks aufgerufen, alle Beschäftigungsmöglichkeiten zu mobilisieren.

In der Erklärung heißt es u. a.:

„Die Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft hat bislang noch nicht in allen Bereichen zu einem entspre- chenden Anstieg der Beschäftigung geführt. Zunehmende Kapazitätsauslastung und deutlicher Rückgang der Kurzarbeit signalisieren jedoch, daß 1985 erstmals seit langem die Gesamtzahl der Beschäftigten allmählich wieder zunehmen wird.

Die Beteiligten stimmen darin überein, daß dieser Prozeß durch Ausschöpfung und Intensivierung aller verfügbaren Möglichkeiten beschleunigt werden muß, damit – trotz der demografisch bedingten Zunahme des Erwerbspersonenpotentials – möglichst viele Arbeitslose wieder eine Beschäfti- gung erhalten.

Die Bundesregierung und die Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft appellieren gemeinsam an alle Verantwortlichen in Industrie, Handel, Handwerk und im Dienstleistungsbereich, zu einer spürba- ren Verbesserung der Beschäftigung auch dadurch beizutragen, daß

- durch volle Nutzung der Instrumente und Regelungen des Beschäftigungsförderungsgesetzes neue Arbeitsverhältnisse rasch geschaffen und Überstunden möglichst vermieden werden. Die erweiterte Möglichkeit des Abschlusses befristeter Arbeitsverträge wird von der Wirtschaft be- grüßt – auch in der Erwartung, daß es auf diese Weise zu möglichst vielen Dauerarbeits- verhältnissen kommt;
- durch Ausweitung des Angebots an Teilzeitarbeitsplätzen die besondere Diskrepanz zwi- schen Angebot und Nachfrage auf diesem Arbeitsmarkt beseitigt und damit den Arbeitszeit- wünschen vieler Menschen besser entsprochen wird;
- durch Flexibilisierung der Arbeitszeit und Arbeitsorganisation die Kapazitäten besser genutzt und die Belegschaften erweitert werden können;
- durch Nutzung aller Möglichkeiten zur Übernahme möglichst vieler ausgebildeter Fachkräfte in ein anschließendes Beschäftigungsverhältnis ein weiterer entscheidender Beitrag zur Verbesserung der Zukunftschancen der jungen Generation geleistet wird.

Die Bundesregierung und die Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft stimmen in dem gemein- samen Bemühen um eine beschäftigungswirksame Intensivierung des wirtschaftlichen Wachstums darin überein,

- weitere Kostenbelastungen der Arbeit, insbesondere im Bereich der Lohnnebenkosten, zu vermeiden, durch Bekämpfung der Schwarzarbeit der Erosion von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen und entsprechenden Wettbewerbsverzerrungen entschieden entge-



gen zu wirken und auf mittlere Sicht die Steuerbelastung der Wirtschaft zur Stärkung der Investitionskraft und zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit weiter zu verringern;

- das Augenmerk verstärkt auf Tatbestände zu richten, die sich als bürokratische Hemmnisse für Neueinstellungen erweisen, und Maßnahmen darauf zu konzentrieren, die Einstellungsmöglichkeiten der Wirtschaft zu verbessern;
- die arbeitsmarktpolitischen Instrumente im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten zur Wiedereingliederung der von Arbeitslosigkeit Betroffenen und zur Stärkung der beruflichen Mobilität und Qualifikation intensiver zu nutzen.

Die Beteiligten bekräftigen, daß berufliche Qualifizierung die Vermittlungschancen der Arbeitssuchenden verbessert, den Ausgleich von Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt beschleunigt und zugleich eine unerläßliche Zukunftsinvestition für die Volkswirtschaft darstellt. Daher sehen sie es als erforderlich an, die Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen weiter auszubauen. Die deutsche Wirtschaft wird sich bemühen, der Bundesanstalt für Arbeit über das bisherige Maß hinaus hierfür geeignete Kapazitäten anzubieten, da diese wegen der Nähe zur betrieblichen Praxis für die berufliche Wiedereingliederung besonders erfolgversprechend genutzt werden können. Das Rekordangebot an Ausbildungsplätzen hat unter Beweis gestellt, zu welchen Leistungen die Betriebe ohne administrativen Zwang fähig sind."

Nach: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 75 vom 28. 6. 1985, S. 663-664 (Auszug)

